

---

## **Ortsgemeinde Niederbrombach**



### **Bebauungsplan Sondergebiet „Bunker Niederbrombach“**

### **Textliche Festsetzungen und Begründung**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>STÄDTEBAULICHES ERFORDERNIS .....</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>TEXTLICHE FESTSETZUNGEN .....</b>	<b>6</b>
2.1	Planungsrechtliche Festsetzungen .....	6
2.1.1	Art der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB.....	6
2.1.2	Maß der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB .....	7
2.1.3	Überbaubare Grundstücksflächen gemäß §9 Abs.1 Nr.2 und 3 BauGB .....	7
2.1.4	Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen gemäß §9 Abs.1 Nr.4 BauGB .....	7
2.1.5	Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern oder sonstigen Bepflanzungen, Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern gemäß §1(a) BauGB i.V.m. §9 Abs.1 Nr.20, §9 Abs.1 Nr.25 a und b i.V.m. §9 Abs.1(a) BauGB .....	8
2.2	Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften .....	9
2.2.1	Dachgestaltung.....	9
2.2.2	Fassadengestaltung .....	9
2.2.3	Freiflächen .....	9
2.3	Hinweise .....	9
2.3.1	Kulturdenkmäler .....	9
2.3.2	Ökologische Niederschlagswasserbewirtschaftung .....	9
2.3.3	Geeignete Verwendung der Mutterbodenmassen .....	10
2.3.4	Einfriedungen entlang landwirtschaftlich genutzter Grundstücke .....	11
2.3.5	Ingenieurgeologie .....	11
2.3.6	Begrünung im Bereich der Versorgungsanlagen und -leitungen .....	11
2.3.7	Brandschutz.....	11
2.3.8	Radonbelastung .....	12
<b>3</b>	<b>STÄDTEBAULICHE KONZEPTION .....</b>	<b>13</b>
3.1	Umfang des Vorhabens .....	13
3.2	Träger des Vorhabens .....	13
3.3	Art des Vorhabens .....	14
3.4	Städtebauliche Begründung des Vorhabens .....	16
3.5	Standortalternativen zum Vorhaben .....	17
<b>4</b>	<b>RAUM- UND SIEDLUNGSSTRUKTURELLE AUSGANGSLAGE .....</b>	<b>18</b>
4.1	Siedlung, Verkehr, Ver- und Entsorgung .....	18

4.2	Flächennutzungen .....	18
4.3	Mensch .....	18
4.4	Kultur- und Sachgüter, Bodendenkmäler .....	18
<b>5</b>	<b>STANDORTPRÜFUNG UNTER BEACHTUNG ÜBERGEORDNETER PLANUNGEN .....</b>	<b>19</b>
5.1	Regionaler Raumordnungsplan.....	19
5.2	Flächennutzungs- und Landschaftsplan.....	20
5.3	Schutzgebiete nach BNatSchG .....	21
5.4	Europäisches Netz „Natura 2000“ .....	21
5.5	Lebensstätten und -gemeinschaften gemäß §28 LNatSchG .....	21
<b>6</b>	<b>RECHTSGRUNDLAGEN.....</b>	<b>22</b>

**Ausfertigungsvermerk:**

Das für den Bebauungsplan vorgeschriebene gesetzliche Verfahren wurde eingehalten. Der Bebauungsplan mit der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen und der Begründung wird hiermit ausgefertigt. Er tritt am Tag seiner Bekanntmachung am ..... in Kraft. Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen des Ortsgemeinderates werden bekundet.

Niederbrombach, den

---

Ortsbürgermeister

## 1 Städtebauliches Erfordernis

Der Bundeswehrbunker in der Ortslage Niederbrombach der Verbandsgemeinde Birkenfeld soll umgenutzt werden. Ein privater Investor, die ITVT GmbH aus Leonberg / Baden-Württemberg beabsichtigt die Liegenschaft als Rechenzentrum zu nutzen.

Da es sich um bisher militärisch genutzte bauliche Anlagen handelt, ist nach Aufhebung der ursprünglichen Nutzung und einer privatrechtlichen Neunutzung eine bauplanungsrechtliche Genehmigung notwendig. Entsprechend §35 BauGB ist nach Abs.1 ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und ein in §35 Abs.1 Nr.1 bis 7 BauGB aufgeführter Nutzungszweck erfüllt wird. Ist dies nicht der Fall, können nach §35 Abs.2 BauGB sonstige Vorhaben im Einzelfall zugelassen werden, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigen und die Erschließung gesichert ist.

Um Planungsrecht zu erhalten ist daher eine entsprechende Darstellung im Flächennutzungsplan sowie eine darauf aufbauende Festsetzung in einem Bebauungsplan notwendig.

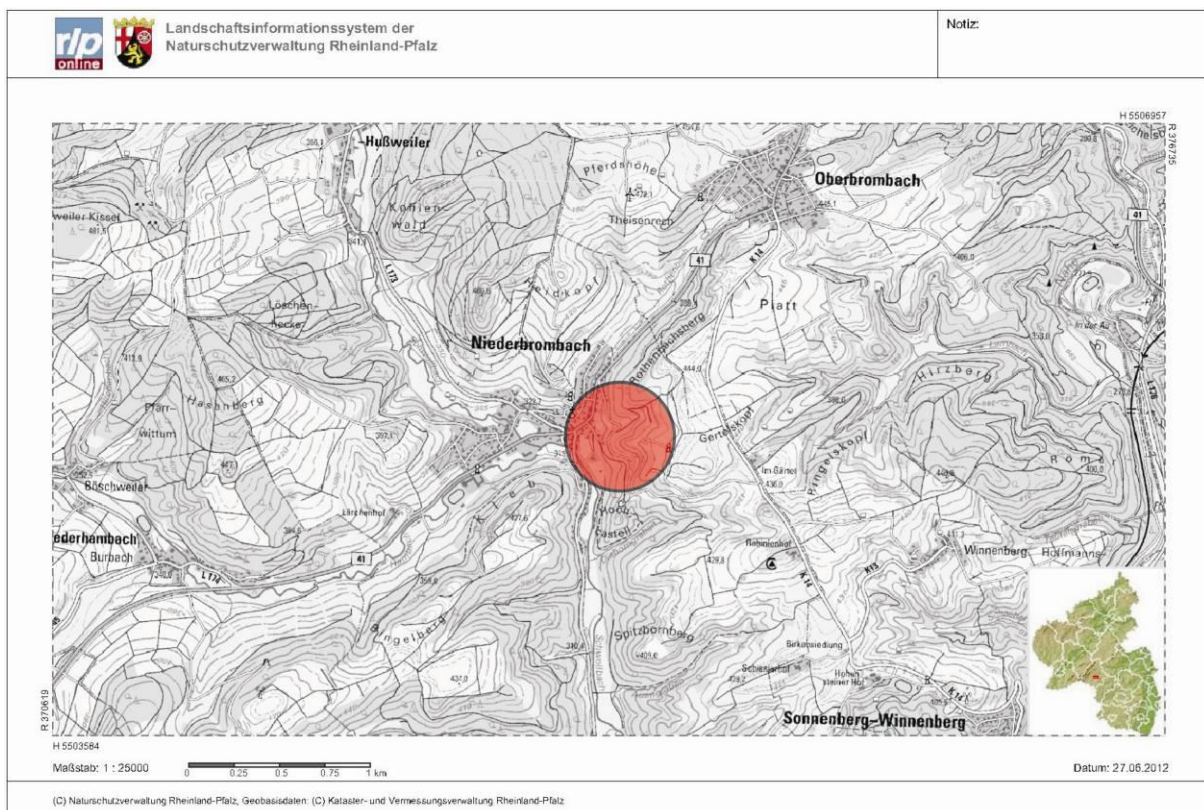


Abb. 1: Übersichtskarte mit Lage des Plangebietes ohne Maßstab

## 2 Textliche Festsetzungen

In Ergänzung zur Planzeichnung werden folgende Festsetzungen getroffen.

### 2.1 Planungsrechtliche Festsetzungen

#### 2.1.1 Art der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB

**Baugebietsteil 1 ist als Mischgebiet (MI)** gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB i.V.m. §6 BauNVO festgesetzt. Zugelassen sind:

- Wohngebäude,
- Geschäfts- und Bürogebäude,
- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Nicht störende Gewerbebetriebe, Lagerhäuser, Lagerplätze, soweit diese Anlagen für die Umgebung keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen zur Folge haben können.

Nicht zugelassen sind nach §1 Abs.5 BauNVO

- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen,
- Vergnügungsstätten.

**Die Baugebietsteile 2 und 3 sind als Sonstige Sondergebiete (SO)** gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB i.V.m. §11 BauNVO festgesetzt mit der Zweckbestimmung:

- SO I : Rechenzentrum innerhalb des bestehenden Bunkers
- SO II : Nebenanlagen zum Rechenzentrum

Zulässige Nutzungen innerhalb des Sonstigen Sondergebietes (SO I) sind alle Vorhaben, die im Zusammenhang mit einem Rechenzentrum stehen, wie bspw. Datensicherung, Datenspeicherung, Datenverarbeitung. Als Rechenzentrum wird die bauliche Infrastruktur des Bunkers verstanden, in der eine zentrale Rechentechnik des Vorhabensträgers untergebracht ist mit einer für Verarbeitung großer Datenmengen notwendigen umfangreichen Maschinenausstattung.

Zulässige Nutzungen innerhalb des Sonstigen Sondergebietes (SO II) sind ausschließlich Nebenanlagen, die zum reibungslosen Betrieb des Rechenzentrums erforderlich sind. Dies sind bspw. Lüftungsanlagen, Anlagen für die Ver- und Entsorgung der Maschinenausstattung innerhalb des Bunkers, Notausgänge und damit verbundene Rettungsinfrastruktur.

### 2.1.2 Maß der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind auf die Maße wie folgt beschränkt.

Nutzungsschablone		
Gebietsart	MI	SO I
Bauweise	o	-
Grundflächenzahl (GRZ)	0,4	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	0,8	-
Größe der Grundfläche als Höchstmaß		4.500 m <sup>2</sup>
Zahl der Vollgeschosse	II	-

### 2.1.3 Überbaubare Grundstücksflächen gemäß §9 Abs.1 Nr.2 und 3 BauGB

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplan durch Baugrenzen ausgewiesen.

### 2.1.4 Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen gemäß §9 Abs.1 Nr.4 BauGB

**Im Mischgebiet (MI)** sind Nebenanlagen im Sinne des §14 BauNVO nach §23 Abs. 5 BauNVO ausschließlich innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Nebenanlagen, die der Ver- und Entsorgung des Baugebietes mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie der Ableitung von Abwasser dienen, sind zulässig, auch wenn im Baugebiet für sie keine besonderen Flächen ausgewiesen sind.

**Im Mischgebiet (MI)** können nicht überdachte Stellplätze vor der vorderen Baugrenze zugelassen werden, wenn die Sicherheit, Übersichtlichkeit und Zügigkeit des Straßenverkehrs dadurch nicht behindert wird. Die Zufahrten sind von der Erschließungsanlage aus anzulegen und zu nutzen.

**Im Mischgebiet (MI)** sind Garagen ausschließlich innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Die Zufahrten sind von der Erschließungsanlage aus anzulegen und zu nutzen.

**Im Sonstigen Sondergebiet (SO I)** sind Nebenanlagen, überdachte Stellplätze sowie Garagen nach §9 Abs.1 Nr. 4 BauGB unzulässig.

**Im Sonstigen Sondergebiet (SO II)** sind ausschließlich Nebenanlagen zulässig, die zum reibungslosen Betrieb des Rechenzentrums erforderlich sind. Dies sind bspw. Lüftungsanlagen, Anlagen für die Ver- und Entsorgung der Maschinenausstattung innerhalb des Bunkers, Notausgänge und damit verbundene Rettungsinfrastruktur. Überdachte Stellplätze und Garagen sind unzulässig.

### **2.1.5 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern oder sonstigen Bepflanzungen, Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern gemäß §1(a) BauGB i.V.m. §9 Abs.1 Nr.20, §9 Abs.1 Nr.25 a und b i.V.m. §9 Abs.1(a) BauGB**

Aus dem Umweltbericht zum Bebauungsplan sind folgende Maßnahmen festgesetzt.

- A\_1 Gestaltung der privaten nicht überbauten Grundstücksflächen als Natur- und Landschaftsgärten innerhalb des Mischgebietes.** Die Grundstücksflächen werden mit landespflegerischen Maßnahmen belegt. Die Gestaltung der nicht überbauten Grundstücksflächen soll wie folgt vorgenommen werden: Die privaten Grundstücksflächen sind landschaftsgärtnerisch anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Vorgärten sind zu begrünen, sofern sie nicht als Zufahrt oder Zuwegung benötigt werden. Die asphaltierten Flächen sind - soweit sie nicht als Stell- und Parkflächen benötigt werden - durch Befestigungen zu ersetzen, die die Wasserdurchlässigkeit nicht behindern. Zur Gestaltung der Grünanlagen sind überwiegend heimische Laubgehölze entsprechend der Artenliste zu verwenden.
- A\_2 Erhaltung der entsprechend §9 Abs.1 Nr. 20 BauGB festgesetzten Flächen.** Die festgesetzten Flächen sind dauerhaft zu erhalten, zu pflegen und zu schützen. Die Wiesenflächen sind einmal jährlich im Zeitraum vom 01. Juli bis 01. September zu mähen. Sofern eine nachfolgende Mahd notwendig ist, kann diese durch eine Mulchung ersetzt werden. Die Entfernung des Mähgutes ist frühestens am auf die Mahd folgenden Tag, spätestens nach 14 Tagen zu erfolgen. Verzicht auf jegliche Düngung sowie auf Pflanzenschutzmittel.
- A\_3 Anbringen von Nisthilfen** im Bereich der Notausgänge. An den bestehenden Lüftungsanlagen der Notausgänge sowie an geeigneten Bäumen auf diesen Grundstücken sind Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse anzubringen. Da die Grundstücke durch einen Sicherheitszaun gesichert sind, können Prädatoren ausgeschlossen werden. Dies sollte genutzt werden, um Nist-, Ruhe- oder Brutstrukturen für Vögel und Fledermäuse zu schaffen.
- A\_4 Sämtliche Waldflächen und Waldrandstrukturen sind zu erhalten.** Dies betrifft besonders die Grundstücke der Notausgänge. Die Waldflächen sind dauerhaft zu erhalten und bei einem Ausfall durch standortgerechte Baumarten nach zu pflanzen.



## 2.2 Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

### 2.2.1 Dachgestaltung

Im Mischgebiet sind ausschließlich harte Bedachungen zu verwenden. Grelle, glänzende oder stark reflektierende Materialien sind als Dacheindeckung unzulässig. Anlagen zur Nutzung der Solarenergie sind zulässig.

### 2.2.2 Fassadengestaltung

Im Mischgebiet dürfen bauliche Anlagen nicht flächenhaft mit grellen Farben und/oder glänzenden Oberflächenstrukturen gestaltet werden. Ungegliederte, fensterlose Fassadenabschnitte sind ab einer Größe von 20 m<sup>2</sup> dauerhaft zu begrünen.

Aus dem Umweltbericht sind folgende Maßnahmen festgesetzt:

**M\_4** Auf den Grundstücken der Notausgänge sind die notfalls noch erforderlichen **Nebenanlagen landschaftlich anzupassen**. Die Gebäudeaußenflächen sind in Braun- oder Grüntönen zu halten. Glänzende, stark reflektierende technische Anlagen sind durch geeignete Maßnahmen einzubinden bzw. abzuschirmen.

### 2.2.3 Freiflächen

Gemäß §10 Abs. 4 LBauO Rheinland-Pfalz sollen nicht überbaute Flächen bebauter Grundstücke begrünt werden, soweit sie nicht für eine zulässige Nutzung benötigt werden. Befestigungen, die die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich beschränken, sind nur zulässig, soweit ihre Zweckbestimmung dies erfordert.

## 2.3 Hinweise

### 2.3.1 Kulturdenkmäler

Funde müssen gemäß §17 DschPflG unverzüglich gemeldet werden.

### 2.3.2 Ökologische Niederschlagswasserbewirtschaftung

#### Oberflächenwasserbewirtschaftung

Das anfallende Niederschlagswasser ist grundsätzlich auf dem Grundstück zurückzuhalten, zu verwerten oder zu versickern. Dazu sind primär Rasenflächen als flache Mulden anzulegen, in die das Regenwasser geleitet wird und über die belebte Bodenzone versickern kann. Erforderlichenfalls kann unter der Mulde eine Kiespackung zur Einlagerung des zu versickernden Niederschlagswassers vorgesehen werden. Ist eine vorgenannte Versickerung nachweislich teilweise oder gar nicht möglich, soll das überschüssige Niederschlagswasser mit vertretbarem Aufwand in ein oberirdisches Gewässer unter Zwischenschaltung zentraler Rückhaltungen/Versickerungsanlagen mittelbar oder unmittelbar abgeleitet werden.

Für die Ableitung sollten die Gräben/Rinnen so ausgebildet sein, dass auch dort Teilwassermengen versickern können. Nur wenn die oben genannten Verfahrensweisen nicht möglich sind, darf das Niederschlagswasser in andere dafür zugelassene Anlagen eingeleitet

werden. Zusätzlich zu der Flächenversickerung wird die Sammlung der anfallenden Niederschlagswasser in Zisternen und die Verwendung als Brauchwasser ausdrücklich empfohlen.

#### Schmutzwasserbeseitigung

Ausschließlich das im Baugebiet anfallende Schmutzwasser ist an die Ortskanalisation mit zentraler Abwasserreinigungsanlage in anzuschließen.

#### Allgemeine Wasserwirtschaft

Oberflächengewässer werden durch die Ausweisung nicht berührt.

Auf § 31 LWG wird hingewiesen, d. h., dass alle Geländeänderungen und jegliche baulichen Anlagen innerhalb eines 10 m breiten Streifens zum Gewässer einer vorherigen Genehmigung nach dem Landeswassergesetz bedürfen. Dies gilt auch dann, wenn keine Baugenehmigung nach der Landesbauordnung zu erteilen ist.

Für den zur Bunkeranlage gehörenden Brunnen „Niederbrombach“ ist das frühere Nutzungsrecht 2010 verfristet. Bei Nutzung des Brunnens ist ein neuer Antrag zu stellen.

Wasserrechtlich relevante Anlagen gibt es sowohl in der Heizanlage als auch in der Bunkeranlage (Heizöl- bzw. Dieseltank, Benzinabscheider, Notstromaggregate, Batterien bzw. Trafos). Diese sind, sofern sie nicht entsprechend weiter genutzt werden, wasserrechtlich stillzulegen. Diesbezüglich ist eine Abstimmung mit der Kreisverwaltung Birkenfeld - Untere Wasserbehörde - erforderlich.

Auf der Liegenschaft kann es durch den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu Bodenverunreinigungen gekommen sein. Deshalb sind aus bodenschutzrechtlicher Sicht Tiefbauarbeiten auf dem Gelände gutachterlich zu begleiten. Der Bericht hierüber ist uns vorzulegen. Bei einem eventuellen Rückbau von Gebäuden oder Einrichtungen ist auf evtl. vorhandene asbest-, pestizid- und/oder PAK-haltige Baustoffe zu achten. Hierbei sind eine fachgutachterliche Aufsicht und die ordnungsgemäße Entsorgung der Materialien erforderlich.

#### Wasserversorgung, Heilquellen-, Wasserschutzgebiete, Altablagerungen

Durch die vorgesehene Bebauung werden Wasserschutzgebiete nicht berührt. Durch die Bauleitplanung sind gemäß Altablagerungskataster des Landes Rheinland-Pfalz Altablagerungen nicht berührt. Das Altstandortkataster mit der Erhebung ehemaliger Industrie-/Gewerbestandorte (Flächen stillgelegter Anlagen, auf denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen wurde) liegt für den Bereich bisher nicht vor. Eine diesbezügliche Prüfung ist daher nicht erfolgt.

### **2.3.3 Geeignete Verwendung der Mutterbodenmassen**

Gemäß §202 BauGB ist "der Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen." Überschüssiges Bodenmaterial ist abzutransportieren und ordnungsgemäß zwischenzulagern. Bei der Lagerung der Mutterbodenmassen sind die Anforderungen der DIN 18915 zu beachten.

### **2.3.4 Einfriedungen entlang landwirtschaftlich genutzter Grundstücke**

Gemäß §42 Nachbarrechtsgesetz für Rheinland-Pfalz müssen Einfriedungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden. Einfriedungen müssen von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden.

Eigentümer und Nutzungsberechtigte eines Grundstückes haben mit Bäumen und Sträuchern von den Nachbargrundstücken - vorbehaltlich des § 48 Nachbarrechtsgesetz - die in §§ 44 und 45 Nachbarrechtsgesetz aufgeführten Abstände einzuhalten.

### **2.3.5 Ingenieurgeologie**

#### Boden

Bei allen Bodenarbeiten, auch bei Bau- und Unterhaltungs- und ggf. Ausgleichsmaßnahmen, sind die Vorgaben nach §202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 und 19731 sowie die Forderungen des Bodenschutzes (BBodschG und BBodschV) zu beachten.

#### Hydrogeologie

Ist die Versickerung anfallenden, nicht schädlich verunreinigten Niederschlagswassers geplant, so sollte die Versickerungsmöglichkeit mittels geeigneter Methoden untersucht werden. Die Versickerung soll vorzugsweise über die belebte Bodenzone erfolgen.

#### Ingenieurgeologie

Es wird empfohlen, im Plangebiet eine Baugrunduntersuchung entsprechend den Anforderungen der DIN 4020, DIN 1054, DIN EN 1997 -1 und -2 durchführen zu lassen.

### **2.3.6 Begrünung im Bereich der Versorgungsanlagen und -leitungen**

Bei einer Begrünung im Bereich von Versorgungsanlagen und -leitungen sind die Hinweise des DVGW-Arbeitsblattes GW 125 - Baumanpflanzungen im Bereich von unterirdischen Versorgungsanlagen - zu beachten. Gemäß dem Regelwerk Abwasser - Abfall, Hinweise H 162 sind Kanalleitungen beidseits 2,50 m von Anpflanzungen freizuhalten, ohne dass Schutzmaßnahmen erforderlich werden. Sollte dieser Sicherheitsabstand im Einzelfall unterschritten werden, sind Schutzmaßnahmen erforderlich, um die Gehölzwurzeln von den Versorgungsanlagen fern zu halten.

Die von der Deutschen Telekom vorgelegten Bestandsplanauszüge sind dem Vorhabenträger zur Beachtung zu überlassen.

### **2.3.7 Brandschutz**

Bei Gebäuden, die ganz oder in Teilen mehr als 50 Meter von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt liegen, müssen Zufahrten analog den technischen Baubestimmungen verlangt werden. Die zuständigen Feuerwehreinheiten sind so auszustatten, damit sie auch innerhalb der Bunkeranlage wirksame Hilfe und wirksame Löschmaßnahmen in den vorgegebenen Hilfsfristen leisten können.

### **2.3.8 Radonbelastung**

Hinsichtlich der Radonbelastung liegt das Plangebiet innerhalb einer Zone mit lokal hohem Radonpotential.

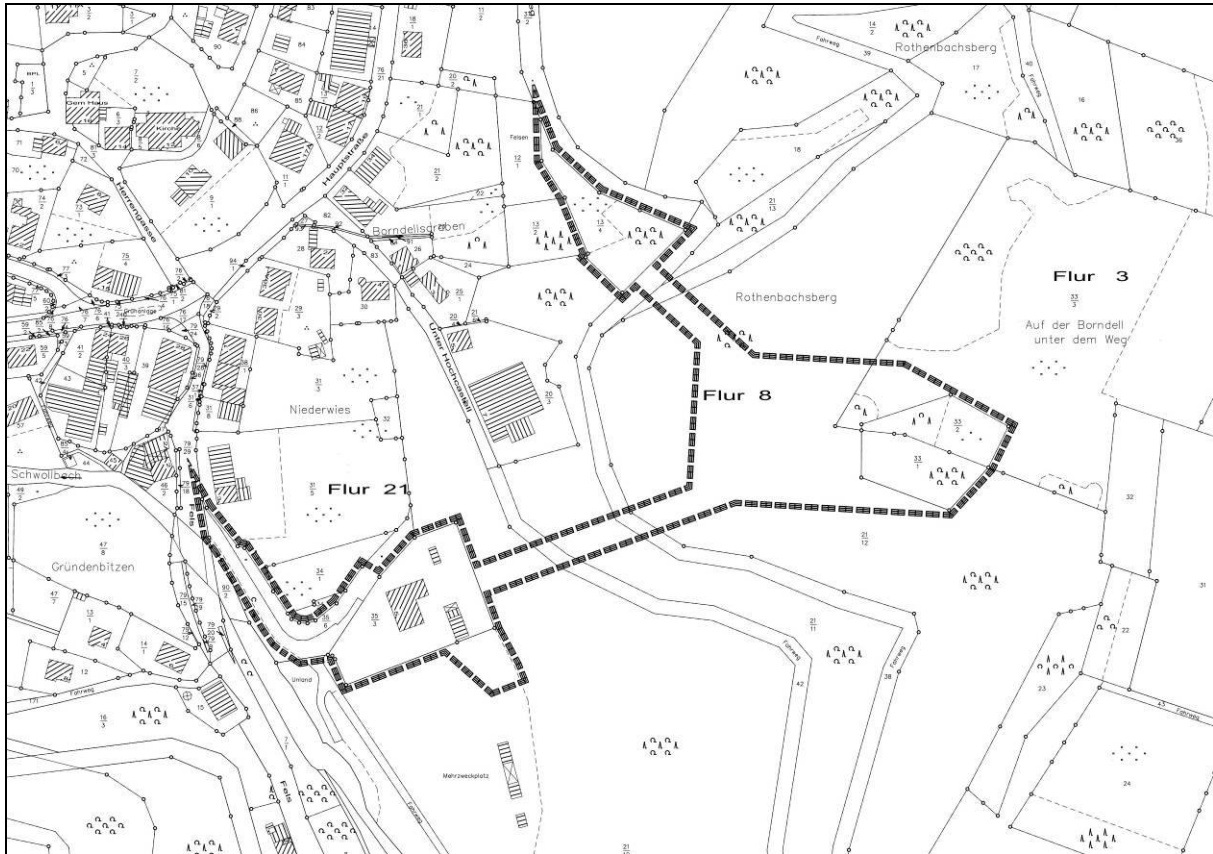
Entsprechend der Informationsbroschüre des Ministeriums für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz, Mainz ist besonders der „Transportweg“ von Radon über das Kellergeschoss sowie die Aufenthaltsdauer entscheidend. Für einen Neubau empfehlen sich auch bei niedrigen Radonkonzentrationen in der Bodenluft die folgenden einfachen vorbeugenden Maßnahmen, die schon jetzt dem Stand der Technik bei Neubauvorhaben entsprechen:

- Die Bodenplatte sollte aus konstruktiv bewehrtem Beton mit einer Mindeststärke von 15 cm bestehen.
- Die Kellerwände sollten mit einer fachgerechten Bauwerksabdichtung nach DIN 18 195-4 gegen angreifende Bodenfeuchte geschützt werden. Das Dichtmaterial sollte radondicht sein und so elastisch, dass es auch kleine entstehende Risse überbrücken kann.
- Durchdringungen der erdberührten Kellerwände durch Leitungen oder Rohre sind sorgfältig und dauerhaft gegen Radon abzudichten. Wenn die Kellerwände außen mit einem nicht bindigem Material wie beispielsweise Kies oder Splitt hinterfüllt werden, kann das Radon schon dort an die Oberfläche treten und dringt nicht in den Keller ein. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Oberfläche dieser Drainage nicht versiegelt wird.

Dem Bauherrn ist zur Information die Broschüre "Experten geben Tipps zum Umgang mit Radon" des Ministeriums für Umwelt und Forsten zur Verfügung zu stellen.

## 3 Städtebauliche Konzeption

### 3.1 Umfang des Vorhabens



**Abb. 2: Umgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes**

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes erstreckt sich über die ehemaligen Liegenschaften der Bundeswehr sowie den unterirdischen Teil der Bunkeranlage, die mehrere sonstige Grundstücke tangiert. Die Flächengröße beträgt ca. 2 ha.

### 3.2 Träger des Vorhabens

Die IT Vision Technology GmbH ist ein international agierender Microsoft Gold Certified Partner und wurde im Jahr 2001 in Stuttgart gegründet sowie mittlerweile als innovatives Unternehmen durch das Land Baden-Württemberg ausgezeichnet und beschäftigt derzeit mehr als 100 Mitarbeiter. Das Unternehmen fungiert als Multiplikator und Schnittstelle zwischen Forschung und Industrie. Aufgrund der strategischen Partnerschaft mit der Microsoft Corporation, sowie als Partner in einem der ausgewählten IT – Innovationsprojekte der Bundesregierung ist das Unternehmen dabei, gemeinsam mit der Fraunhofer Gesellschaft neue Wege im Bereich Service Orientierte Architekturen (SOA) zu beschreiten und somit neue Akzente zu setzen. Hauptsitz der Gesellschaft ist Leonberg bei Stuttgart.

Zu den langjährigen Kunden zählen unter anderem die Energie Baden-Württemberg (EnBW), EWE, Fraunhofer IAO, Fraunhofer FIT, Mall GmbH, Microsoft Corporation, Microsoft Deutschland, Robert Bosch GmbH, Vattenfall Europe, L-Bank Staatsbank f. Baden-Württemberg.

### 3.3 Art des Vorhabens

Die ITVT GmbH beabsichtigt ein Hochsicherheitsrechenzentrum innerhalb des Bunkers einzurichten und zu betreiben. Mit Rechenzentrum werden dabei bezeichnet:

- das Gebäude bzw. die Räumlichkeiten des Bunkers, in denen die zentrale Rechen-technik untergebracht ist,
- die Organisation (Systemtechnik, Systemverwaltung) selbst, die sich um diese Computer kümmert sowie
- die weitere notwendige bauliche Infrastruktur für diese Organisation

#### Baustein I: Gebäude des Rechenzentrums

Rechenzentren waren früher häufig einer administrativen Stelle zugeordnet, zum Beispiel der Finanzverwaltung, einer Forschungseinrichtung, einer Hochschule oder einem kommerziellen Betrieb wie einer Bank oder einer Versicherung. Diese administrativen Stellen haben die Anforderung, große Datenmengen zu verarbeiten. Deshalb war auch eine umfangreiche Maschinenausstattung notwendig, die nur konzentriert in einem Rechenzentrum gepflegt werden konnte. Mittlerweile ist das Outsourcen von Rechenzentren eine häufige und erfolgreich umgesetzte Option, die im Bereich des Bunkers umgesetzt werden soll.



**Beispiel eines Rechenzentrums (Quelle: wikipedia, dort CERN/Schweiz)**

Die Bunkeranlage ist aufgrund ihrer ehemals militärischen Ausrichtung (Bombensicherheit, Abhörsicherheit etc.) für eine Vorhaltung großer Datenmengen prädestiniert. Die Anbindung an entsprechende Datenübermittlungswege wird im Zuge der Einrichtung des Rechenzentrums betrieben. Moderne Rechenzentren stellen eine hochredundante Infrastruktur bereit, in der Server mit minimalen Ausfallzeiten arbeiten können. Sämtliche für den Betrieb benötigten Anlagen sind mehrfach vorhanden. Auf diese Weise können regelmäßig einzelne Aggregate gewartet werden, ohne dass es Auswirkungen auf den gesamten Betrieb hat. Die gleiche Anforderung ist für die Bereitstellung der Stromversorgung zu erfüllen, die jedoch deutlich aufwändiger ausfällt, da ein doppelter Anschluss der Stromversorgung an unterschiedliche Transformatoren und getrennte Netzbereiche des lokalen Energieversorgungsunternehmens notwendig ist.

## **Baustein II: Organisation des Rechenzentrums**

Die Organisation des Rechenzentrums gliedert sich in

- Systemtechnik und
- Systemverwaltung.

Die Systemtechnik ist für die Hardware verantwortlich. Die Systemtechniker reparieren defekte Geräte, führen technische Installationen am Gerät aus, kümmern sich um die Verkabelung, etc.

Die Systemverwaltung (Systemadministration) ist für die Administration der Maschinen zuständig. Die Mitarbeiter sind für die softwareseitige Konfiguration des Maschinenparks verantwortlich. Die Verantwortung der Systemverwaltung ist es, die Maschinen am Laufen zu halten, abgestürzte Maschinen wieder aufzusetzen, Software zu installieren, zu entwickeln und die Systeme zu überwachen. Weiterhin sind die Systemverwalter für die Datensicherheit zuständig.

## **Baustein III: Ergänzende bauliche Infrastruktur**

Für die Mitarbeiter, die für Systemtechnik und Systemverwaltung zuständig sind, werden die Gebäude auf dem Außengelände im Talbereich entsprechend ausgerüstet, modernisiert und energetisch saniert. Es entstehen Büroräume, Aufenthaltsräume, Seminar- und Konferenzräume.

Darüber hinaus dienen die Räume auch dazu, für Mitarbeiter anderer Niederlassungen der ITVT die Wahrnehmung an Schulungen, Fortbildungen, Lehr- und Ausbildungsgängen zu ermöglichen.

Daher werden Übernachtungsmöglichkeiten bzw. Räume für eine kurzfristige Beherbergung nötig. Damit verbunden sind innerhalb der bestehenden Bausubstanz Umbaumaßnahmen, die eine Beherbergung möglich machen (Schlafräume, Sanitärräume, Aufenthaltsräume etc.).

Alle mit der Organisation verbundenen notwendigen baulichen Maßnahmen sollen auf dem Außengelände im Talbereich realisiert werden.

Die Freiflächen des Außengeländes sind nach den landespflegerischen Vorgaben, die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zu erbringen sind, zu entwickeln. Daneben sind für die Mitarbeiter bzw. Besucher grünordnerisch gestaltete Freiflächen zum Verweilen und zur Erholung geplant.

## **Baustein IV: Ver- und Entsorgung des Rechenzentrums**

Wesentlicher Bestandteil eines Rechenzentrums ist die ausreichende und störungsfreie Versorgung mit elektrischer Energie. Die Energieversorgung dient sowohl dem Betrieb der einzelnen Rechner als auch der notwendigen Klimatisierung (Kühlung) der Räume. Aus Gründen der Systemtechnik – unterbrechungsfreie Versorgung mit Strom – als auch der Wirtschaftlichkeit – Reduzierung von Energiekosten – ist eine Realisierung von Anlagen zur Gewinnung alternativer Energiequellen notwendig.

Darüber hinaus sind alle der Ver- und Entsorgung des Sondergebietes dienenden Anlagen vorhanden. Dies betrifft sowohl den Anschluss an die Kanalisation (Abwasser) als auch den Anschluss an Trinkwasser.

### **3.4 Städtebauliche Begründung des Vorhabens**

Auf der Grundlage des geplanten Vorhabens des Investors sollen im Bebauungsplan folgende Festsetzungen getroffen werden:

- Festsetzung eines „Sonstigen Sondergebietes I“ mit Zweckbestimmung „Rechenzentrum“, die sich ausschließlich auf die unterirdische Bunkeranlage bezieht,
- Festsetzung eines „Sonstigen Sondergebietes II“ für „Nebenanlagen zum Rechenzentrum“, die sich auf die oberirdischen Grundstücke im Bereich der bestehenden Notausgänge bezieht,
- Festsetzung eines Mischgebietes im Talbereich mit Nutzungseinschränkungen,
- Festsetzung von Bauart und –weise entsprechend dem Gebäudebestand,
- Festsetzung von ausreichenden Stellplätzen auf dem Gelände,
- Festsetzung von landespflegerischen Ausgleichs- und Gestaltungsmaßnahmen.

Die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit den entsprechenden Zweckbestimmungen entsprechend §11 BauNVO ist erforderlich, um den Charakter einer projektbezogenen Planung zu unterstreichen. Überwiegend sind diese Sondergebiete an ein bestimmtes Vorhaben bzw. an einen bestimmten Vorhabenträger gebunden (bspw. Einkaufszentren, Klinken, Häfen etc.). Für den vorliegenden Fall hieße es, dass ausschließlich das Vorhaben der ITVT GmbH dort umgesetzt werden kann. Dies entspricht einerseits dem Willen der Ortsgemeinde sowie einer umwelt-, raum- und ortsverträglichen sowie nachhaltigen Nutzung der Konversionsflächen der Bunkeranlagen:

- Umweltverträglichkeit: bestehende Gebäude und Anlagen werden weiterhin genutzt, ohne dass es zu erheblichen Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Umwelt kommt.
- Raumverträglichkeit: Die übergeordneten Planungen führen keine Einschränkungen oder Restriktionen auf, zumal die Gebäude der „Hauptnutzung“ vollständig unterirdisch liegen.
- Ortsverträglichkeit: Die Planungsabsichten der Ortsgemeinde werden nicht eingeschränkt, vielmehr wird eine Brachfläche reaktiviert. Impulse für die Infrastruktur von Niederbrombach (Frequentierung) sind zu erwarten.

Eine Angebotsplanung könnte zu unerwünschten Fehlentwicklungen führen, die keine Raumverträglichkeit aufweisen.

Gemäß §11 Abs.1 BauNVO sind als sonstige Sondergebiete solche Gebiete darzustellen und festzusetzen, die sich von den Baugebieten nach den §§ 2 bis 10 wesentlich unterscheiden. Für sonstige Sondergebiete sind die Zweckbestimmung und die Art der Nutzung darzu-



stellen und festzusetzen. Diese Einschränkung auf einen bestimmten Nutzungszweck ermöglicht eine raumverträgliche Umsetzung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

Die Unterteilung in zwei Baugebietsteile ermöglicht darüber hinaus eine Steuerung von notwendigen Nebenanlagen. Dort, wo schon Nebenanlagen (Notausstiege, Lüftungsanlagen) sind, können weitere gebaut werden, dort wo keine vorliegen (im Bereich des Bunkers) sind sie ausgeschlossen, um Beeinträchtigungen der Waldflächen auszuschließen.

Die Ausweisung des Mischgebietes soll sowohl den Interessen des Inventors als auch den Entwicklungsabsichten der Ortsgemeinde nachzukommen. Es wurde ein Mischgebiet in der Tallage des Schwollener Bachs ausgewiesen, das innerhalb der Ortslage Wohnbebauung und nicht störende Gewerbe zulässt. In verkehrsgünstiger Lage und in Angrenzung an immissionshaltige Sportflächen ist eine entsprechende Mischbebauung anzustreben, die die Gegebenheiten sinnvoll ausnutzen kann. Die Bauflächen orientieren sich an der umliegenden Struktur sowohl in Art als auch im Maß der baulichen Nutzung. In der Umgebung herrschen kleinteilige Strukturen ländlichen Charakters vor. Im Hinblick auf §6 der BauNVO sind folgende Einschränkungen gemäß §1 Abs.5 notwendig:

- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen
- Vergnügungsstätten

Gartenbaubetriebe sind nicht angebracht. Gerade die Schwerpunkte siedlungsstruktureller Anlagen sollten aus städtebaulichen Gründen der Wohnbebauung vorbehalten bleiben. Tankstellen sind ebenfalls ausgeschlossen. Es würde vermehrt Zielverkehr in den dörflichen Bereich gezogen. Vergnügungsstätten sind ausgeschlossen. Ein Bedarf liegt in der Ortslage nicht vor.

Die Festsetzungen der landespflegerischen Maßnahmen haben das Ziel, die derzeit unattraktiven Freiflächen des Mischgebietes regions- und dorftypisch zu entwickeln, um einen harmonischen Abschluss der Ortsgemeinde zu bewirken. Darüber hinaus sind der Erhalt der Wald- und Gehölzflächen sowie deren standortgerechte Pflege im Bereich der „Notausstiege“ des Bunkers festgelegt, um den Bestand zu schützen und bauliche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

### **3.5 Standortalternativen zum Vorhaben**

Die Errichtung des Hochsicherheitszentrums ist an den Standort der Bunkeranlage gebunden. Der Bunker (als auch ähnliche Vorhaben im Bereich des Bunkers Börfink) entspricht den Bestimmungen für eine Hochsicherheitszone, um die Datenbestände von öffentlichen Verwaltungen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen oder kommerziellen Betreibern sicher zu verwalten. Eine Prüfung von Standortalternativen scheidet daher aus, da im näheren und weiteren Umfeld keine Konversionsflächen mit militärischen Anlagen, die als Hochsicherheitszone angesehen werden können, zur Verfügung stehen.

## **4 Raum- und siedlungsstrukturelle Ausgangslage**

### **4.1 Siedlung, Verkehr, Ver- und Entsorgung**

Die Bunkeranlage liegt angrenzend an den südlichen Rand der Ortslage Niederbrombach und ist direkt über die B 41 bzw. die L 173 nach Kronweiler erschlossen. Die verkehrliche Anbindung ist als gut zu bezeichnen, da überregionale Verbindungen schnell erreichbar sind. Stellplätze sind auf dem Bunkergelände vorhanden. Sie dienten vormals dem Bundeswehrpersonal. Die mit dem Vorhaben einhergehende verkehrliche Zusatzbelastung liegt in einem der Nutzung folgenden vertraglichen Rahmen. Im Rückblick auf die ehemalige militärische Nutzung wird sich darüber hinaus keine signifikante verkehrliche Mehrbelastung einstellen.

Die Bunkeranlage ist komplett erschlossen hinsichtlich Elektrizität, Trinkwasser, Abwasser, Telekommunikation.

Durch das Vorhaben werden bestehende Strukturen einer zukunftsorientierten langfristigen Nachnutzung zugeführt. Der Werterhalt infolge der Konversionsmaßnahme ist positiv zu sehen, da dadurch andere Vorhabenmaßnahmen, die mit einer Neubebauung einhergehen, vermieden werden. Der Vermeidung von Eingriffen bzw. der „Innenentwicklung (im Sinne einer Entwicklung des Bestandes) vor Außenentwicklung“ wird somit Rechnung getragen.

Restriktionen hinsichtlich Siedlungstätigkeit und Infrastrukturmaßnahmen sind keine erkennbar, da einerseits die Folgenutzung die Ortsgemeinde Niederbrombach sowohl räumlich als auch funktional nicht beeinflusst, andererseits die Planungsfreiheit der Ortsgemeinde – bspw. hinsichtlich künftiger baulicher Entwicklungen – gewahrt bleibt.

### **4.2 Flächennutzungen**

Die Flächen im Planungsraum wurden militärisch genutzt. Teilflächen liegen brach oder sind mit Wald bestockt.

### **4.3 Mensch**

Die Gemeinde Niederbrombach bildet in ihrer aktuellen Siedlungsentwicklung eine überwiegende Wohnsiedlung in enger Nachbarschaft zur Stadt Birkenfeld. Auf die hohe Bedeutung und Schutzwürdigkeit der Wohnfunktion der bestehenden Gebäude in Niederbrombach hat das Vorhaben keinen mindernden Einfluss.

### **4.4 Kultur- und Sachgüter, Bodendenkmäler**

Rechtlich aufgenommene erdgeschichtlich bzw. historisch bedeutsame Kulturgüter finden sich nicht im Planungsraum. Als sonstige Sachgüter, die in markanter Weise Zeugnis geben von der Wirtschafts- und Sozialgeschichte einer Region, kann die Bunkeranlage eingestuft werden. Die militärische Anlage bildet ein bedeutendes historisches Denkmal aus der Zeit des „Kalten Krieges“.

Durch die Konversion wird eine historisch bedeutsame Anlage der Nachkriegszeit der Bundesrepublik Deutschland langfristig erhalten, was im Sinne einer Dokumentation für die Nachwelt als positiv anzusehen ist.

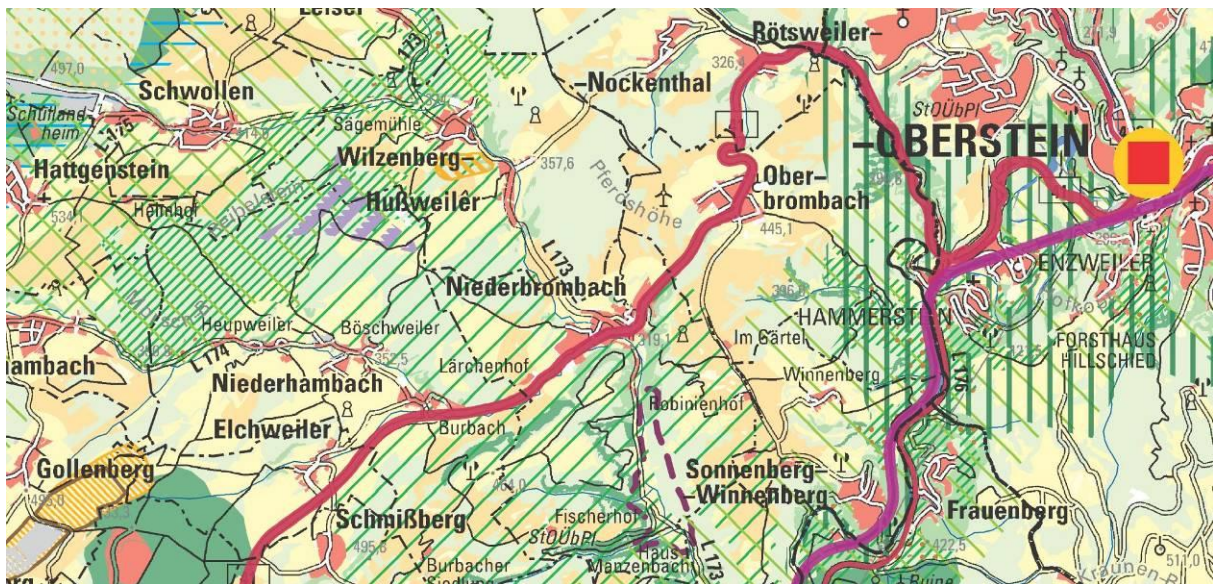
## 5 Standortprüfung unter Beachtung übergeordneter Planungen

Die Einfügung und Anpassung der Neunutzung an die übergeordneten Planungen (RROP, FNP, LP) ist Voraussetzung für die Aufstellung des Bebauungsplanes, indem Restriktionsräumen benannt und mit dem geplanten Vorhaben abzugleichen sind.

### 5.1 Regionaler Raumordnungsplan

Als übergeordnete Planung gilt der Regionale Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe (Teilfortschreibung vom 02.11.2015). Die Ziele und Grundsätze des Leitbildes für die Ordnung und Entwicklung der Region Rheinhessen-Nahe sind zu beachten und mit der Raumverträglichkeit von Vorhaben und Maßnahmen zu prüfen.

Ausschluss- und Restriktionsgebiete stellen auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsplanes die jeweiligen Vorranggebiete dar. Der maßgebliche Planungsraum liegt nicht innerhalb von Vorranggebieten, das Vorbehaltsgebiet Regionaler Biotopverbund wird durch die Bestandsüberplanung nicht beeinträchtigt.



**Abb. 3: Auszug aus dem RROP Rheinhessen-Nahe**

Das Vorbehaltsgebiet **Regionaler Biotopverbund** wird mit folgenden Grundsätzen verknüpft: Vorbehaltsgebiete für den regionalen Biotopverbund kennzeichnen Bereiche, in denen den Belangen des Arten- und Biotopschutzes bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Maßnahmen bzw. Vorhaben grundsätzlich ein besonderes Gewicht beizumessen ist.

Im Rahmen der Raumordnungsplanung kann festgestellt werden:

- Eine bestehende Infrastruktur, bestehende Gebäude und Einrichtungen werden in einer nachhaltigen, zukunftsorientierten und umweltverträglichen Betriebsweise wieder genutzt.



- Durch die vorrangige Nutzung innerhalb des Bunkers mit einem Rechenzentrum ist von keinen erheblichen Beeinträchtigungen auf das Umfeld auszugehen.
- Die Nutzung der Außengebäude und Nebenanlagen erfolgt im Sinne einer „ruhigen“ Folgenutzung als Beherbergung für Mitarbeiter, Seminar-, Konferenz- und Fortbildungsräume.

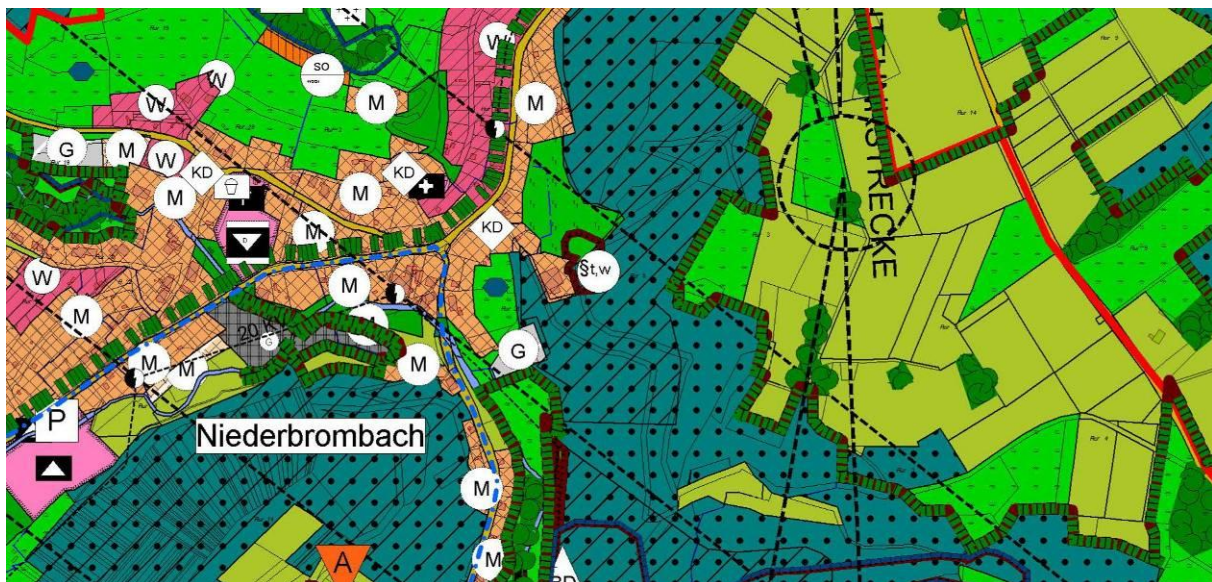
## 5.2 Flächennutzungs- und Landschaftsplan

Für die Verbandsgemeinde Birkenfeld liegt ein Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan vor. Die Darstellungen des aktuell rechtsgültigen FNP bzw. LP sind:

- gewerbliche Bauflächen (geplant)
- Flächen für Wald

Der aufzugegebene militärische Bereich - im FNP mit "G" dargestellt - soll im Rahmen der aktuell laufenden Änderung des Flächennutzungsplanes nach dem Vorhaben des Investors und den Vorgaben der BauNVO geändert werden.

Die Darstellung eines sonstigen Sondergebietes entsprechend §11 BauNVO erscheint geboten, um den Charakter einer projektbezogenen Planung zu unterstreichen. Überwiegend sind diese Sondergebiete an ein bestimmtes Vorhaben bzw. an einen bestimmten Vorhabenträger gebunden (bspw. Einkaufszentren, Klinken, Häfen etc.). Für den vorliegenden Fall hieße es, dass ausschließlich das Vorhaben der ITVT GmbH dort umgesetzt werden kann. Eine Angebotsplanung könnte zu unerwünschten Fehlentwicklungen führen, die keine Raumverträglichkeit aufweisen.



**Abb. 4: aktueller FNP 2012 der Verbandsgemeinde Birkenfeld**

Gemäß §11 Abs.1 BauNVO sind als sonstige Sondergebiete solche Gebiete darzustellen und festzusetzen, die sich von den Baugebieten nach den §§ 2 bis 10 wesentlich unterscheiden. Für sonstige Sondergebiete sind die Zweckbestimmung und die Art der Nutzung darzustellen und festzusetzen. Diese Einschränkung auf einen bestimmten Nutzungszweck ermöglicht eine raumverträgliche Umsetzung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

Restriktionsflächen sind auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung nicht dargestellt.

### **5.3 Schutzgebiete nach BNatSchG**

Schutzgebiete nach den §§ des BNatSchG und LNatSchG (Landschaftsschutzgebiet, Naturschutzgebiet, Naturdenkmal, Naturpark) sind durch die Planung nicht berührt (vgl. auch Ausführungen im Umweltbericht zum Bebauungsplan).

### **5.4 Europäisches Netz „Natura 2000“**

Das kohärente Europäische ökologische Netz Natura 2000 besteht aus den Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung und den Europäischen Vogelschutzgebieten. FFH-Gebiete werden durch die Planung nicht berührt (vgl. auch Ausführungen im Umweltbericht zum Bebauungsplan).

Das FFH-Gebiet „Obere Nahe“ stellt das nächstliegende Natura2000-Gebiet dar.

Aufgrund der Planung, die sich insbesondere auf die Umnutzung der unterirdischen Bunkeranlage bezieht, ist nicht davon auszugehen, dass es durch die Planung zu erheblichen Beeinträchtigungen der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und Vogelschutzgebieten kommt. Mit den Lebensräumen verbundene Habitate und Vegetationen werden nicht berührt.

- Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine erhebliche Beeinträchtigung durch das Vorhaben der unter der FFH – Rechtsverordnung aufgeführten Lebensräumen sowie der übergeordneten spezifischen Schutzziele auszuschließen, da die genannten Lebensräume nicht innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes liegen und durch das Vorhaben nicht berührt werden.

### **5.5 Lebensstätten und -gemeinschaften gemäß §28 LNatSchG**

Im Rahmen der Biotopkartierung des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz wurden keine Biotop innerhalb des Plangebietes kartiert. Nach § 28 LNatSchG bzw. §30 BNatSchG unter Pauschalschutz stehende Flächen konnten innerhalb des Planungsraumes nicht nachgewiesen werden. Seltene, in ihrem Bestand bedrohte, für den Naturhaushalt oder für Wissenschaft und Bildung wichtige Arten wild lebender Tiere und Pflanzen entsprechend §28 LNatSchG wurden ebenfalls nicht kartiert (vgl. auch Ausführungen im Umweltbericht zum Bebauungsplan).

Im Umfeld des Planungsraumes sind folgende biotopkartierte Flächen anzuführen:

- BK-6309-0007-2010, Schwallbachtal mit Seitentälern und Hochfläche zwischen Kronweiler und Niederbrombach

Durch das Vorhaben wird die biotopkartierte Fläche nicht tangiert. Auch ist eine erhebliche Beeinträchtigung durch das Vorhaben nicht gegeben, da keine erheblichen Immissionen durch die Folgenutzung anzunehmen sind.

## 6 Rechtsgrundlagen

1. "Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist". Stand: Neugefasst durch Bek. v. 23.9.2004 I 2414; Zuletzt geändert durch Art. 4 G v. 31.7.2009 I 2585.
2. „Verordnung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I Seite 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I Seite 466)“.
3. „Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (PlanzV 90) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I, 1991 Seite 58)“.
4. „Landesbauordnung von Rheinland-Pfalz (LBauO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1998 (GVBl. Seite 365), §§ 26, 66, 67 und 87 geändert, § 64 neu gefasst durch Artikel 8 des Gesetzes vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358)“.
5. "Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das durch Artikel 11 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163) geändert worden ist".
6. "Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), das zuletzt durch das Gesetz vom 26. November 2010 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist".
7. "Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)". Textnachweis ab: 1.3.2010. Das Gesetz wurde als Artikel 1 des Gesetzes vom 29.7.2009 I 2542 vom Bundestag beschlossen. Es tritt gem. Art. 27 Satz 1 dieses Gesetzes am 1.3.2010 in Kraft.
8. „Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.09.2005 (GVBl. Seite 387)“.
9. „Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG -)“. GVBl 2004, S. 54 §§ 15a und 89 neu gefasst, §§ 20 und 40 geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.09.2010 (GVBl. S. 299)

**planverfasser:**

helko peters, dipl. geograph  
filscher str. 3  
54296 trier  
tel. 0651 – 16881



planungsbüro helko peters



**datum:**

Donnerstag, 4. Februar 2016